

Studienkapazitätsauslastung als Beitrag zur Regionalentwicklung

Niedrigschwellige Hochschulbildungsangebote unterbreiten, indem heimatortnahe Studienmöglichkeiten eröffnet werden: Dies ist ein wesentlicher politischer Grund dafür, dass in Deutschland eine nahezu flächendeckende Versorgung mit Hochschulen realisiert wird. Ohne dieses Motiv würden etwa Orte wie Zittau, Schmalkalden, Nordhausen, Bernburg, Köthen oder Stendal heute nicht über Hochschuleinrichtungen verfügen. Und in der Tat: Die Angebote steigern regional die Neigungen in den nachwachsenden Generationen, ein Hochschulstudium aufzunehmen. Zugleich gilt auch: Der überwiegende Teil der Studierenden wird allerorten regional rekrutiert, und dieser Anteil ist in der Regel umso höher, je kleiner der Sitzort der jeweiligen Hochschule ist.

Prognosen und Prognoserisiken

In den demografisch herausgeforderten Regionen insbesondere Ostdeutschlands reduzieren sich die Geburtenjahrgänge seit 1990 bis 2020 auf etwa die Hälfte der Ursprungsgröße. Entsprechend kleiner sind dann auch die Altersjahrgänge derjenigen, die das typische Studienaufnahmealter erreichen. Zwar liegen dennoch vergleichsweise optimistische Studienanfängerprognosen vor (KMK 2012; CHE 2012). Doch selbst die (realistischere) Prognose des Centrums für Hochschulentwicklung (CHE) sagt für Ostdeutschland im Jahr 2015 23 Prozent weniger Studienanfänger/innen als 2010 voraus (CHE 2012: 12). Ein solcher Rückgang würde – über alle Studiengänge hinweg betrachtet – mehr als die aktuelle Überlast beseitigen, die derzeit in zahlreichen Fächern besteht.

Hinzu tritt, dass die Prognosen aus methodischen Gründen zentrale Risiken nicht abbilden können. Deren wichtigste sind:

- Derzeit können die ostdeutschen Hochschulen hohe Zuwanderungen aus westlichen Bundesländern realisieren. Hier ist eine wieder zurückgehende West-Ost-Wanderung zu erwarten, sobald sich die Studienplatzverfügbarkeit in westdeutschen Regionen etwas entspannt. Die aktuellen Überlaufeffekte von West nach Ost schmelzen dann ab. Denn traditionell beginnt die weit überwiegende Mehrheit aller deutschen Studienanfänger/innen ihr Studium im 100-Kilometer-Umkreis ihres Heimatortes.
- Die insgesamt geringer werdende Anzahl der Nachwachsenden lässt erwarten, dass es zu einer verschärften Konkurrenz zwischen dem berufsbildenden Sektor und der Hochschulbildung kommt: Es gibt entsprechende Bedarfe bei den Beschäftigten, und auch die Einrichtungen des

berufsbildenden Sektors haben ein organisationales Bestandserhaltungsinteresse.

- Die mittelfristigen Effekte der gestuften Studienstruktur sind unklar. In Betracht gezogen werden müssen zwei Möglichkeiten, die sich ggf. negativ auf die Zahl der Studierenden auswirken: (a) der Bachelor-Abschluss wird überwiegend genutzt als Ausstiegsoption aus dem Studium bzw. Einstiegsoption in den Beruf ohne eine spätere Rückkehr an die Hochschule, um ein Master-Programm zu absolvieren; (b) die Bachelor/Master-Schwelle wird für einen Ortswechsel in ein anderes Bundesland genutzt.
- Ebenso unsicher ist, wieweit es gelingt, die an der Bachelor/Master-Schwelle Weggehenden zu ersetzen durch westdeutsche Neuzugänge in ostdeutsche Master-Programme. Diese Unsicherheit stiege in dem Maße, wie es nicht gelänge, Hochschullehrer/innen, die auf Studierende magnetisch wirken, zu verpflichten oder aber zu halten – etwa weil ihnen keine entsprechenden Ausstattungen offeriert werden können.
- Eine Unklarheit besteht schließlich darin, wieweit es gelingen wird, die heute gegebene hochschulische Fächervielfalt in den verschiedenen Regionen Ostdeutschlands aufrecht zu erhalten. Aus einer Reduzierung der heute vergleichsweisen breiten Angebote können sich Risiken für die Studierendenzahlen ergeben: Empirisch nachgewiesen ist ein Zusammenhang zwischen räumlicher Nähe zu präferierten Fächerangeboten und der individuellen Neigung, ein Studium aufzunehmen.

Kapazitätsauslastung aktiv organisieren

Die Studienkapazitäten auch langfristig auszulasten, liegt nicht nur im Eigeninteresse der Hochschulen, damit sie ihre Ausstattungen dauerhaft legitimieren können. Vielmehr wird mit dem Auslastungsziel auch eine der zentralen regionalen Funktionen der Hochschulen bedient. Dazu werden sich die Hochschulen in den demografisch schrumpfenden Regionen nicht allein auf die ‚natürliche‘ Nachfrage verlassen können, sondern aktive Strategien der Kapazitätsauslastung verfolgen müssen. Zahlreiche Hochschulen haben in dieser Hinsicht auch schon Maßnahmen ergriffen. Diese können nachgeutzt werden.

Die individuellen Bildungswegentscheidungen werden vor allem auf Grund der Prognose getroffen, welche *beruflichen Chancen* sich mit dem jeweiligen Abschluss eröffnen. Daher sind hier aktiv kommunizierte Signale zu den Zukunftschancen notwendig. Diese können wegen des Generationsübergangs in den ostdeutschen Betrieben und sonstigen Beschäftigungsstellen in den nächsten Jahren mit steigender Verbindlichkeit gegeben werden: Bereits heute kann den Studienanfängern zahlreicher Studiengänge eine faktische Arbeitsplatzgarantie in der Region für die Zeit nach ihrem Studienabschluss gegeben werden.

Sicherzustellen ist, dass möglichst *breitgefächerte Fächerangebote regional verfügbar* sind, um möglichst jedes individuelle Fachstudieninteresse in der Region bedienen zu können. Das bedeutet nicht, dass jede Hochschule über den kompletten Fächerkanon verfügen muss, aber doch jede Hochschulregion. Haushalterische Zwänge setzen hier sicher Grenzen. Innerhalb dieser kann aber immerhin dafür gesorgt werden, dass nicht ausgerechnet solche Studienangebote reduziert oder gar geschlossen werden, die regional nur einmal verfügbar sind. In Regionengrenznähe kann und sollte dabei das jeweilige Hochschulangebot in der Nachbarregion in die Betrachtungen mit einbezogen werden.

Die *Durchlässigkeit zwischen beruflicher und hochschulischer Bildung* kann verbessert sowie die zwischen Bachelor und Master weit offen gehalten werden: Beides signalisiert, dass an den Hochschulen Wert darauf gelegt wird, dass jeder seine individuellen Talente ausschöpfen kann und dabei keine künstlichen Barrieren im Wege stehen. Gefördert werden kann die Durchlässigkeit, indem die Hochschulen dynamischer als bisher Anerkennungs- und Anrechnungsverfahren entwickeln. Hier gilt: Wer sich in Sachen Durchlässigkeit an die Spitze setzt, kann Innovationsgewinne einfahren. Wer darauf verzichtet, wird um die Sache selbst – etwas später – nicht herum kommen, dann allerdings keinen Wettbewerbsvorteil mehr daraus ziehen können.

Individuelle Studienwege sollten zugelassen und darüber hinaus explizit begünstigt werden. Hierzu werden Brückenkurse für Quereinsteiger, duale Studienmöglichkeiten, größtmögliche Durchlässigkeiten zwischen beruflicher und hochschulischer Bildung, zwischen den Hochschularten sowie zwischen Bachelor- und Master-Studiengängen sowie Möglichkeiten unterschiedlicher Studiergeschwindigkeiten benötigt. Es sollte, kurz gesagt, keine formalen Gründe geben, die zur Abwanderung animieren.

Schließlich ist es hilfreich, sich stärker als bisher den – in vielen nichtdeutschen Hochschulsystemen selbstverständlichen – Aufgaben der Studierendenbetreuung zu öffnen. Studierende kommen an eine Hochschule, um zu studieren, also sich Inhalte und Kompetenzen zu erarbeiten und diese zu vertiefen. Sie kommen nicht an eine Hochschule, um stundenlang wegen einer Seminareinschreibung anzustehen, so zeitintensive wie trickreiche Beziehungen zu suboptimal funktionierenden Verwaltungseinheiten aufzubauen oder etwaige Schwächen ihrer Professoren im Zeitmanagement durch eigene Anstrengungen auszugleichen. Das ist auch weder effektiv noch studienzeitverkürzend. Die verbreitete Rede von der „Hochschule als Dienstleistungsunternehmen“ kann sich an dieser Stelle als eindrucksvoll umsetzbare Handlungsmaxime erweisen.

In diesem Sinne könnten die Hochschulen mit einer ersten Botschaft für sich werben – und sie einlösen: „Bei uns können Sie *studieren*. Um alles andere kümmern wir uns“. Eine zweite Botschaft sollte daran anknüpfen, dass ins-

besondere Studienanfänger/innen – adolescent, verhaltensunsicher und daher in potenzieller Krisenerwartung – besondere sozial-emotionale Sicherheitsbedürfnisse haben. Diese Botschaft könnte daher lauten: „Bei uns sind Sie nur dann allein, wenn Sie es wirklich mal wollen. Vor allem aber sind Sie bei uns Mitglied einer Hochschulcommunity“. Werden diese beiden Kernbotschaften glaubwürdig vermittelt und eingelöst, spricht sich das herum. Und die Neigung, an einer solchen Hochschule ein Studium aufzunehmen, steigt.

Peer Pasternack

Literatur

CHE, Centrum für Hochschulentwicklung Gütersloh (2012): Modellrechnungen zur Entwicklung der Studienanfängerzahlen in Deutschland. Arbeitspapier Nr. 152, www.che.de/downloads/CHE_AP152_Studienanfaengerprognose.pdf (30.2.2012)

Dohmen, Dieter/Klemens Himpele (2007): Struktur- und Exzellenzbildung durch Hochschulen in den Neuen Bundesländern. Abschlussbericht eines Projekts im Rahmen des Forschungsprogramms Aufbau Ost. Unter Mitarbeit von Dominik Haubner, Anne Knauf, Mirjam Reiß und Andrea Schmidt, Forschungsinstitut für Bildungs- und Sozialökonomie, Berlin; auch unter www.fibs-koeln.de/de/sites/_wgData/Forum_039_Hochschule-Ost.pdf (12.7.2007).

KMK, Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland (2012): Vorausberechnung der Studienanfängerzahlen 2012-2025. Fortschreibung, www.kmk.org/fileadmin/pdf/Statistik/Vorausberechnung_der_Studienanfaengerzahlen_2012-2025_01.pdf (30.1.2012).